

4. Rückläufige Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern in die Schweiz und den Kanton Zürich

Interpellation Isabel Bartal (SP, Zürich), Céline Widmer (SP, Zürich) und Benedikt Gschwind (SP, Zürich) vom 12. Februar 2018

KR-Nr. 42/2018

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Die neuste Auswanderungsstatistik hält fest, dass seit Jahren die Zahl der auswandernden Schweizerinnen und Schweizer höher ist als jene der Rückkehrenden. Viele Schweizerinnen und Schweizer verlassen die Schweiz. Ähnlich sieht es bei der ausländischen Bevölkerung aus. In einer Medienmitteilung des Staatssekretariats für Migration vom 15. Januar 2018 steht: «Seit vier Jahren ist die Einwanderung der Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz rückläufig. So war im Jahr 2017 der Wanderungssaldo erneut tiefer als im Vorjahr (knapp 12% weniger). Er befindet sich damit auf ähnlichem Niveau wie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Freizügigkeitsabkommens mit der EU (FZA) im Jahr 2002.»

Diese Entwicklung ist auch im Kanton Zürich spürbar. Das Statistische Jahrbuch des Kantons Zürich 2017 zeigt, dass die Auswanderung von Schweizerinnen und Schweizern zunimmt und dass der Wanderungssaldo aus traditionell wichtigen Herkunftsstaaten wie Deutschland, Italien oder Portugal abnimmt. So verzeichnet die neuste Statistik, für die in der Bau-, Restaurations- und Reinigungsbranche stark vertretenen Portugiesen nur noch ein Plus von 546 Personen. Diese Tendenz wird sich durch den wirtschaftlichen Aufschwung in Portugal, gepaart mit dem fremdenfeindlichen Klima in der Schweiz, noch verstärken. In Spanien und Portugal hat sich die wirtschaftliche Lage normalisiert, es gibt mehr offene Stellen, weniger Arbeitslosigkeit. Auch in Deutschland geht das Wachstum weiter. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist hoch. Viele Migrantinnen und Migranten kehren zurück.

Schon länger (Bericht September 2016) warnt die Gesundheitsdirektorenkonferenz vor dem sich abzeichnenden gravierenden Personalmangel: Sie prognostiziert, dass der Bedarf an Pflegepersonal in den nächsten neun Jahren um 20 Prozent oder 40 000 Personen steigen wird. Über die Situation in den Alters- und Pflegeheimen in der Deutschschweiz berichteten mehreren Medien.

Aufgrund der neuen Ausgangslage wird der Regierungsrat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. In welchen Bereichen erwartet der Regierungsrat aufgrund des Rückgangs der Zuwanderung einen verstärkten Fachkräftemangel im Kanton Zürich? In welchen Bereichen erwartet der Regierungsrat einen Mangel an Arbeitskräften mit geringen Qualifikationen?
2. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat zur Linderung bzw. Vermeidung des Mangels an Arbeitnehmenden ohne und mit Berufsausbildung sowie höheren Qualifikationen auf der Tertiärstufe?

3. Wie sehen die Prognosen zum Arbeitskräftemangel für die nächsten 5 Jahre für die medizinischen und Pflegeberufe, Carewirtschaft, Baugewerbe, Strassenbau, Gastgewerbe, Entsorgung und Reinigungsbranche aus? Wir bitten um detaillierte Angaben für den Bereich der Arbeitnehmenden ohne und mit Berufsausbildung sowie höheren Qualifikationen auf der Tertiärstufe.

Der Regierungsrat antwortet auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion wie folgt:

Der Regierungsrat setzt sich für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Zürich und insbesondere für eine optimale Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials ein. Bereits 2012 wurden im Rahmen der Studie «Zuwanderung im Kanton Zürich, Auswirkungen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt» die massgeblichen Umstände der Zuwanderung in den Kanton Zürich, mögliche Entwicklungsszenarien und deren Auswirkungen analysiert. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht und dabei namentlich auf die wirtschaftlichen Nachteile eines Rückgangs der Zuwanderung sowie die Notwendigkeit einer besseren Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials hingewiesen. Im Rahmen der Fachkräfteinitiative des Bundes und der Metropolitankonferenz Zürich auf regionaler Ebene brachte sich der Kanton Zürich unter der Leitung des Amtes für Wirtschaft und Arbeit mit einer Förderung von «Best Practices» zur besseren Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials ein. Weitere Massnahmen wurden auf Branchenebene und dabei insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung umgesetzt, und weitere Schritte sind in Planung (vgl. nachfolgende Ausführungen).

Zu Frage 1:

Die Analyse des gegenwärtigen Fachkräftemangels sowohl in der ganzen Schweiz als auch im Kanton Zürich zeigt bei Berufen mit mittlerem und vor allem mit hohem Qualifikationsanspruch einen grossen, hingegen bei geringqualifizierten Tätigkeiten einen geringen Mangel an Fachkräften. Zurzeit sind keinerlei Anzeichen für eine absehbare Änderung dieser Verhältnisse erkennbar. Detailprognosen zur künftigen Entwicklung des Fachkräftemangels sind sehr schwierig und liegen für den Kanton Zürich nicht vor. Besonders vom Fachkräftemangel betroffen ist jedoch der Gesundheitsbereich. Im Bereich des Pflegepersonals ist bis 2030 aufgrund der Zunahme von medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Leistungen und wegen des Austritts einer erheblichen Zahl von ausgebildeten Gesundheitsfachpersonen aus dem Beruf oder aus der Erwerbstätigkeit mit einem steigenden Personalbedarf zu rechnen. Dies ergibt sich aus dem Obsan-Bericht «Gesundheitspersonal in der Schweiz – Bestandesaufnahme und Prognosen bis 2030» aus dem Jahr 2016 und aus dem «Nationalen Versorgungsbericht für die Gesundheitsberufe 2016 – Nachwuchsbedarf und Massnahmen zur Personalsicherung auf nationaler Ebene» der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren sowie der Nationalen Dachorganisation der Arbeitswelt Gesundheit (OdASanté). Da der wachsende Bedarf an Pflegepersonal schon heute nicht mehr durch die aktuelle Zahl an Ausbildungsabschlüssen gedeckt werden kann, ist das Schweizer Gesundheitswesen stark von

der Rekrutierung von Personal im Ausland abhängig. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass in manchen Spitälern der Ausländeranteil der Beschäftigten im Jahr 2016 rund 30% bis 35% betrug. Durch einen Rückgang der Zuwanderung könnte sich der wachsende Personalbedarf noch verschärfen, insbesondere bei Positionen auf der Tertiärstufe, da die diesbezügliche Ausbildungstätigkeit den prognostizierten Erfüllungsgrad noch bei Weitem unterschreitet.

Für das spezifische Segment der Ärzteschaft (innerhalb der Tertiärstufe) ist hingegen fraglich, ob ein Fachkräftemangel vorliegt, und es kann nicht allgemein von einem «Ärztmangel» ausgegangen werden. Der Bedarf an Ärztinnen und Ärzten muss im Einklang mit einer ausreichenden und wirtschaftlich tragbaren Gesundheitsversorgung definiert werden, die von den Bedürfnissen und in Anspruch genommenen Leistungen der Bevölkerung abweichen kann. Die Situation stellt sich je nach ärztlicher Fachrichtung unterschiedlich dar.

Zu Frage 2:

Der Regierungsrat hat die Bedeutung des Themas Fachkräftemangel frühzeitig erkannt und die optimale Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials zur Kompensation des Rückgangs der Zuwanderung und damit zur Stärkung der volkswirtschaftlichen Standortattraktivität im Rahmen seiner Richtlinien der Regierungspolitik 2015–2019 unter Ziff. 8.1a zu einem Legislaturziel erklärt. Nach diesem soll das inländische Fachkräftepotenzial durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen besser ausgeschöpft werden, und die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize sollen über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessert werden. Zudem hat sich der Regierungsrat zum Legislaturziel gesetzt, die Einführung von Tagesschulen zu ermöglichen und zu fördern (RRZ 2.1c)

Der Regierungsrat hat die Volkswirtschaftsdirektion (Federführung) und die Bildungsdirektion mit der Umsetzung dieser Ziele betraut, die zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe mit einer Vertretung der Bildungs-, der Finanz- und der Gesundheitsdirektion sowie der Direktion der Justiz und des Innern eingesetzt haben. Die Arbeitsgruppe ging bei ihrer Arbeit weitgehend von den vom Bund definierten Handlungsfeldern (insbesondere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie ältere Fachkräfte) aus und erarbeitete verschiedene Massnahmen, die dem Regierungsrat in den nächsten Monaten zur Beratung vorgelegt und anschliessend veröffentlicht werden.

Insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung wurden im Kanton Zürich bereits weitreichende Massnahmen ergriffen. Im Bereich der medizinischen und der Pflegeberufe einschliesslich der Carewirtschaft besteht seit längerer Zeit ein erheblicher Fachkräftemangel. Daher verpflichtet der Kanton Zürich die Listenspitäler (mit kantonalem Leistungsauftrag) gestützt auf § 22 des Gesundheitsgesetzes (GesG, LS 810.1) dazu, nichtuniversitäres Gesundheitspersonal auszubilden (vgl. RRB Nr. 1040/2012). Dasselbe ist auch im Bereich der Langzeitpflege für Pflegeheime und Spitex-Organisationen geplant (vgl. RRB Nr. 295/2018). Auch kann der Kanton gestützt auf § 20a GesG Subventionen an Schulen ausrichten, die Pflegefachpersonal ausbilden. Weiterhin übernimmt der Kanton Zürich

anteilmässig die Kurskosten für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger der Pflegeberufe in Listenspitälern, Pflegeheimen sowie Spitex- Organisationen, die über einen Leistungsauftrag der Gemeinde verfügen. Schliesslich unterstützt die Gesundheitsdirektion eine Werbekampagne für Gesundheitsberufe finanziell. Die Anstrengungen zeigen Erfolge: Die Lehre als Fachfrau bzw. Fachmann Gesundheit wird erst seit 2003 angeboten und steht bereits an dritter Stelle auf der Rangliste der beliebtesten Schweizer Lehrberufe.

Auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten hat der Kanton Zürich in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen unternommen. Seit 2007 wurde die Aufnahmekapazität in der Humanmedizin an der Universität Zürich von 200 auf 372 Plätze gesteigert. Auch in anderen Kantonen wurden die Aufnahmekapazitäten ausgebaut, sodass 2025 die vom Bundesrat empfohlene Zielgrösse von 1300 Abschlüssen pro Jahr erreicht werden sollte, was zu einer geringeren Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften beitragen wird. Im Weiteren subventioniert der Kanton Zürich die Ausbildung von Assistenzärztinnen und Assistenzärzten an den Listenspitälern mit jährlich Fr.15 000 pro Vollzeitstelle (vgl. RRB Nr. 288/2017). Weiter unterstützt er das Universitätsspital Zürich finanziell für die Ausbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten mit Fachrichtung Hausarztmedizin.

Die kantonalen Spitäler Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich sowie Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland haben eine Vielzahl von Massnahmen zur Förderung des Fachkräftepotenzials ergriffen, zum Beispiel folgende:

- a) Zur Vereinbarkeit von Familie/Privatleben und Beruf: Ein flexibler interner Stellenmarkt mit Teilzeitstellen und Jobsharing auch in Führungspositionen, Tagearbeit, Wechsel des Beschäftigungsgrades; flexible Arbeitszeitmodelle wie Gleitzeit, Jahresarbeitszeit, Angebot von Springer-Pools für Mitarbeitende mit kleinen Arbeitspensen, Berücksichtigung von Bedürfnissen der Mitarbeitenden bei der Dienstplanung; grosszügige Bewilligung von unbezahltem Urlaub, insbesondere vor Reintegration nach Mutterschaftsurlaub; Betriebskinderkrippen;
- b) Attraktivität der Berufsbildung durch ein breites Angebot von Praktika (einschliesslich Schnupperpraktika für Sekundarschülerinnen und -schüler) und Lehrstellen, Austauschpraktika mit anderen Ausbildungsbetrieben, Ermöglichung der Berufsmaturität für Lernende, Finanzierungshilfen, Betriebsinterne Abteilung Berufsbildung, die Lernende und Studierende unterstützt;
- c) Nachwuchsförderung durch umfangreiche interne Weiterbildungsprogramme für alle Berufsgruppen, teilweise in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Fachschulen (CAS Medical Leadership, CAS Leadership), interprofessionelle Leadership-Kurse zur Stärkung der Führungskompetenz, aktive Unterstützung von Laufbahnentwicklung und Nachfolgeplanung, Laufbahnmodelle (Fach-, Bildungs- und Führungslaufbahn) für Ärztinnen und Ärzte sowie für Pflegefachpersonen und medizinisch-technische und medizinisch-therapeutische Berufe, be-

triebliches Gesundheitsmanagement mit Absenzenmanagement, Zielvereinbarungs- und Leistungsbeurteilungsprozesse mit integrierter individueller Entwicklungsplanung;

d) Zusätzliche besondere Massnahmen «Ü 50» durch Vereinfachung von Bereichs-/Funktionswechseln, Reduktion des Beschäftigungsgrades (z. B. Wechsel von Patientenbetreuung zu administrativen Aufgaben); betriebliches Gesundheitsmanagement, besondere betriebliche Konzepte wie z. B. «58+ – Pensionierung in Sicht» sowie Einladung zu themenspezifischen Beratungsgesprächen mit HR.

Auch im Bildungsbereich wurden zahlreiche Massnahmen ergriffen. An den Zürcher Hochschulen wurde z. B. mit der Flexibilisierung von Studiengängen wie den praxisintegrierten Bachelorstudiengängen an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) oder dem Quereinstieg an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) das Studienangebot ausgebaut und flexibilisiert. Im Weiteren unterstützen die Hochschulen ihre Absolventinnen und Absolventen beim Berufseinstieg und bei der Gründung von Startups. Wertvoll sind zudem die unzähligen freiwilligen Engagements der Hochschulangehörigen, die den Nachwuchs etwa im Rahmen der Kinderuniversität oder eines Schnupperstudiums bereits früh für ihre Fachgebiete zu begeistern vermögen.

Die bestehenden und neuen Angebote der Hochschulen sind erfolgreich. Während die einen Massnahmen bereits greifen (z. B. Quereinstieg PHZH), erzielen andere (z. B. Ausbau Medizinstudienplätze) ihre Wirkung mit Verzögerung. Im Weiteren bieten die Zürcher Hochschulen ihren Mitarbeitenden attraktive Anstellungsbedingungen, die es ihnen ermöglichen, Teilzeit zu arbeiten. In diesem Rahmen wird auch das Fachkräftepotenzial von Frauen mit familiären Pflichten – ergänzt um Arbeitsmodelle wie z. B. Home Office – zunehmend besser genutzt. Insbesondere im akademischen Bereich werden Spezialistinnen und Spezialisten unabhängig von Alter und Beschäftigungsgrad aufgrund von deren wissenschaftlichen Qualitäten eingestellt, was u. a. die Anstellung von älteren, erfahreneren Mitarbeitenden begünstigt.

Im Schulbereich werden die angehenden Lehrpersonen darauf vorbereitet, ihre Schülerinnen und Schüler dahingehend zu fördern, dass sie die Berufswahl bzw. Wahl einer weiterführenden Schule bestmöglich entsprechend ihren Interessen und ihrem Potenzial treffen. Im Bereich der beruflichen Grundbildung unterstützen die Betriebe, der kantonale Gewerbeverband (KGV) und die Organisationen der Arbeitswelt grosse Anstrengungen, um Lehrstellen in Berufen mit Fachkräftemangel zu besetzen. Die Bemühungen reichen von der vom KGV jährlich organisierten Berufsmesse über die regionalen Lehrstellenbörsen bis zur Information und Begleitung von Volksschulklassen im Rahmen verschiedener Projekte (z. B. Lift, Rent a Stift). Während der Ausbildung stehen allen Lernenden Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung, z. B. an den Berufsfachschulen. Diese Unterstützungsangebote sind Bestandteil der Regelstrukturen der Sekundarstufe II.

Bestandteil der Sekundarstufe II sind auch die Vorbereitungsangebote auf die berufliche Grundbildung. Die Bildungsdirektion unterstützt einerseits die Berufsvorbereitungsjahre und andererseits die Vorlehren. Beide Angebotstypen haben zum Ziel, die Teilnehmenden sowohl für eine berufliche Grundbildung als auch für deren erfolgreichen Abschluss zu befähigen. Ein zentraler Punkt im Zusammenhang mit der Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials ist die Nach- und Höherqualifizierung von Personen, die noch keinen Abschluss auf Sekundarstufe II erworben haben oder die sich umschulen möchten. Neben der ordentlichen und der verkürzten Lehre kann ein Berufsabschluss im Rahmen anderer Qualifikationsverfahren erworben werden. Zu den anderen Qualifikationsverfahren zählen unter anderem die Validierung von Bildungsleistungen sowie das Absolvieren des Qualifikationsverfahrens ohne Besuch eines strukturierten Bildungsganges. Die anderen Qualifikationsverfahren werden zurzeit vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt überarbeitet. Ziel ist es, das Angebot für Personen über 25 Jahren besser auf den Bedarf des Arbeitsmarktes und die Bedürfnisse der Erwachsenen auszurichten. Seit Januar 2018 gibt es im biz Oerlikon die Fachstelle Berufsabschluss für Erwachsene.

Zu Frage 3:

Wie in der Beantwortung der Frage 1 ausgeführt, liegen für den Kanton Zürich keine Detailprognosen über die künftige Entwicklung des Fachkräftemangels vor. Die Gesundheitsdirektion führt jedoch im Zusammenhang mit der Verpflichtung der Listenspitäler zur Ausbildung von nichtuniversitärem Gesundheitspersonal im stationären Bereich alle zwei Jahre Bedarfsberechnungen durch. Gestützt darauf werden die Listenspitäler zur Aus- und Weiterbildung der durch Abgänge notwendig gewordenen Anzahl Nachwuchskräfte verpflichtet. Damit kann gewährleistet werden, dass der gesamtkantonale Nachwuchsbedarf annähernd sichergestellt wird. Auf den 1. Januar 2019 ist zudem geplant, die Aus- und Weiterbildungsverpflichtung für die Pflege- und Betreuungsberufe – und damit auch die entsprechenden Bedarfsberechnungen – auf Langzeit- und Spitex-Institutionen auszudehnen. Da freischaffende Physio- und Ergotherapeutinnen und -therapeuten, Hebammen, Logopädinnen und Logopäden, Ärztinnen und Ärzte sowie angestellte Fachpersonen im Bereich Labor und bildgebende Diagnostik in ambulanten ärztlichen Institutionen nicht erfasst werden, decken die Bedarfsberechnungen nicht das ganze Spektrum an Gesundheitsberufen ab.

Gemäss der Studie «Berufe mit hohem Fachkräftemangel» des Amtes für Wirtschaft und Arbeit aus dem Jahr 2016 besteht in der Gastgewerbe-, der Entsorgungs- und der Reinigungsbranche höchstens in einzelnen ausgewählten Berufen ein gewisser Fachkräftemangel. Auch in einzelnen besonders qualifizierten Berufen des Baugewerbes und im Strassenbau wurde in den letzten Jahren ein gewisser Fachkräftemangel festgestellt, doch spricht viel dafür, dass der Mangel in diesen Berufszweigen starken zyklischen Schwankungen ausgesetzt und dementsprechend der Handlungsbedarf geringer ist. Einzig in einigen wenig qualifizierten Berufen, z. B. im Baugewerbe, gibt es eine relativ hohe Arbeitslosenquote und dennoch eine gewisse Zuwanderung.

Isabel Bartal (SP, Zürich): Ich bedanke mich für die ausführliche Beantwortung unserer Interpellation. Die vielfältigen Massnahmen, um das inländische Potenzial zu nutzen und dem Fachkräftemangel zu begegnen, sind beeindruckend. Die Antwort der Regierung zeigt gut auf, wie komplex die Situation ist und dass ihr auf unterschiedlichen Ebenen begegnet werden muss. Offen bleibt für uns die Frage, wieso es in einigen wenig qualifizierten Berufen, wie zum Beispiel im Baugewerbe, eine relativ hohe Arbeitslosigkeit gibt und dennoch eine gewisse Zuwanderung in diesem Bereich stattfindet. Kommt dieser Widerspruch vielleicht daher, dass die Bauwirtschaft immer wieder neue Menschen holt, um die ausgebrannten zu ersetzen, und diese dann in die Arbeitslosigkeit entlassen werden?

Als wir die Interpellation im Februar 2018 einreichten, wussten wir nicht, ob sich der Abwärtstrend des Wanderungssaldos von 2017 noch weiter fortsetzen werde. Jetzt haben wir die Sicherheit. Im Vergleich zum letzten Quartal 2017 sank der Wanderungssaldo im ersten Quartal 2019 um insgesamt 6,7 Prozent. Um es deutlich zu sagen: Der Wanderungssaldo ist ähnlich hoch wie vor zehn Jahren, als die Freizügigkeit eingeführt wurde. Darüber berichteten die Medien schon ausführlich und schon länger. Der «Blick» schrieb bereits Ende 2017: «Europäer bleiben lieber daheim, die Schweiz zieht nicht mehr.» Im Schatten der erhitzten Debatten über Asylzahlen hat sich beinahe unbemerkt ein Rückwärtstrend in der Arbeitsmigration entwickelt. Kurz: Während die ausländischen Arbeitnehmenden der Schweiz zunehmend den Rücken kehren, agieren die Rechtsparteien weiterhin so, als ob das Problem Nummer eins der Schweiz die Einwanderung wäre. Beim letzten Wahlkampf der SP – wir sind von Tür zu Tür gegangen – war ich in Witikon unterwegs. Witikon ist bekanntlich keine linke Hochburg. Auf die Frage, wo der Schuh drücke, sagten mir die meisten Leute, dass sie mit Sorgen die Entwicklung in Altersheimen, Pflegeheimen und Spitälern beobachteten. Nur dank des ausländischen Personals wird der liebe Vater, die Mutter, die Partnerin oder der Partner noch versorgt. Aber das Personal wird immer weniger und – ich zitiere – «wenn die Ausländer gehen, ist es oft schwierig, Ersatz zu finden. Wir sollten sie genügend wertschätzen, damit sie in der Schweiz bleiben», das sagte mir eine gutbürgerliche Witikerin. «Wer wird sonst für mich sorgen, wenn ich es nicht mehr selber kann?»

Auch die Lücke in der Finanzierung der AHV fiel bereits im Jahr 2017 wegen der geringeren Einwanderung grösser aus als erwartet. Seit einem Jahr können sich ausländische Personen der dritten Generation erleichtert einbürgern. Im Vorfeld der Abstimmung warnten die Gegner vor Masseneinbürgerungen. Tja, und was ist passiert? Der Bund ging offiziell von 25'000 sofortigen Einbürgerungen aus. Und nun? In den ersten sieben Monaten 2018 wurden erst läppische 550 Terzas und Terzos eingebürgert. Der «Blick» schrieb prompt zurück: «Keiner will den Schweizer Pass.» Denn nur 4 Prozent der Berechtigten haben sich bis jetzt einbürgern lassen. Wieso ich das erwähne? Ich bin überzeugt, dass die stärkere Einbindung der Frauen im Arbeitsprozess, die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben

und Beruf, besondere Massnahmen zur Förderung von über 50-Jährigen, der Inländervorrang unter anderem, dass all die in der Antwort des Regierungsrates erwähnten Massnahmen zur Stärkung der inländischen Arbeitskräfte wichtig sind. Dennoch: Diese Massnahmen müssen von einem generellen Umdenken gegenüber der Einwanderung begleitet werden.

Der Held von Cervantes (*Miguel Cervantes*) «Don Quijote» – den kennen Sie ja, auch ein EU-Ausländer – kämpfte gegen Windmühlen. Er hielt sie für mächtige, vielarmige Riesen, eine Bedrohung. Die Wirklichkeit war eine andere, das wissen Sie auch. Auch die Wahrheit über die Einwanderung in unser Land ist eine andere, als die Mehrheit in diesem Parlament immer wieder behauptete: Die Einwanderungsbilanz ist nämlich rückläufig und das stellt uns vor künftige Sozial- und Arbeitsmarktprobleme. Vielen Dank.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Studien zeigen: In zehn Jahren fehlen in der Schweiz etwa eine halbe Million Arbeitskräfte. Die Nettozuwanderung sinkt seit Jahren, mit der problematischen Auswirkung auf die Fachkräfte, welche unserer Wirtschaft zur Verfügung stehen. Leider fokussiert die Interpellation vor allem auf die Branchen Bildung und Gesundheit, dabei weiss man schon heute, dass in vielen anderen Branchen – am häufigsten werden Treuhand und technische Berufe genannt – ein grosser Fachkräftemangel herrscht.

Ja, was tun dagegen? Es ist bestimmt richtig, das inländische Potenzial besser zu nutzen. Mit einer wirkungsvollen Förderung der Aus- und Weiterbildung, speziell auch für Menschen mit einer fortgeschrittenen Berufserfahrung, ist bestimmt viel möglich. Ebenfalls bei der Vereinbarung von Familie und Beruf gibt es viel brachliegendes Potenzial in der Schweiz. Wir sind in diesem Thema ja immer mehr das Schlusslicht in Europa. Das reicht aber nicht aus, es drängt sich etwas ganz anderes auf, wir haben einen gesellschaftspolitischen Handlungsbedarf. Seit Jahren sind Abschottungstendenzen zu beobachten. Es fehlt häufig an Offenheit und Flexibilität. Europaweit profiliert sich die Schweiz mit Stigmatisierung und zunehmender Schlechterstellung von Ausländerinnen und Ausländern gegenüber Schweizerinnen und Schweizer, zum Beispiel mit der Erhöhung der Einbürgerungshürden, aber auch mit der fehlenden politischen Partizipationsmöglichkeit. Alle Ideen sind bisher gescheitert. Die Haltung ist offenbar, dass man den Viertel unserer Bevölkerung, die Ausländerinnen und Ausländer sind, gerne als Arbeitskräfte holt. Sie sollen bitte arbeiten, Steuern zahlen, konsumieren, aber sonst politisch nichts zu sagen haben. Diese Kultur der Abschottung und des Rückzugs wirkt sich nicht nur negativ auf unsere Gesellschaft, sondern zunehmend auch negativ auf unsere Wirtschaft aus. Wenn es darum geht, genügend Fachkräfte zu haben, haben wir auch im Kanton einen beträchtlichen Handlungsspielraum und sollten diesen nutzen.

Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen): Die FDP-Fraktion nimmt die Antwort des Regierungsrates auf die SP-Interpellation mit Interesse und generell mit Zustimmung zur Kenntnis. Es ist ja in der Tat nicht so, wie die Interpellantinnen und der

Interpellant suggerieren, dass die Schweiz und der Kanton Zürich am Sich-Entleeren sind, im Gegenteil: Unsere Bevölkerung wächst munter weiter, einfach etwas weniger schnell, was unter diversen Gesichtspunkten eher von Vorteil ist. So ist unser Kanton in den Jahren 2007 bis 2017 bevölkerungsmässig doch um mehr als 15 Prozent gewachsen, und zwar in allen Regionen. In absoluten Zahlen ausgedrückt heisst das, dass unser Kanton jedes Jahr um rund 20 Personen wächst, was in etwa der Grösse von Bülach, Kloten oder Opfikon entspricht. Das gleiche Bild zeigt sich auch fürs Jahr 2018. Das ist ein nicht zu unterschätzendes Wachstum, welches zuerst einmal verkraftet werden können muss, auch wenn man nicht gleich die Drohung des Dichtestresses bemüht. So gilt es doch laufend, steigenden Anforderungen an die Infrastruktur, an die Integrationsfähigkeit und -willigkeit der Gesellschaft sowie die Belastungsfähigkeit unserer Umwelt im Auge zu behalten. Die FDP ist sich jedoch durchaus bewusst, dass ein gesundes Mass an Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung, insbesondere wenn es hilft, wie es das heute tut, das Durchschnittsalter zu senken und den Anteil an qualifizierten Arbeitskräften zu erhöhen, richtig und wichtig ist für den Wohlstand und die Innovationsfähigkeit unseres Kantons. Im Spannungsfeld zwischen stärkerer Zu- und Rückwanderung sowie besserer Ausschöpfung des inländischen Arbeitspotenzials befürwortet die FDP klar den Weg der Regierung einer optimaleren Ausschöpfung des inländischen Angebots, ohne aber die Personenfreizügigkeit infrage zu stellen. Die vom Regierungsrat aufgezeigten Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung für die Förderung von qualifizierten inländischen Fachkräften unterstützt die FDP ausdrücklich, insbesondere die Verbesserung in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Attraktivitätssteigerung von Berufs-, Um- und Weiterbildungen sowie eine gezielte Förderung im Alterssegment Ü50 werden helfen, den Rückgang der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte zu kompensieren. Notwendig und sehr effektiv wäre zudem eine auch für den Erhalt unserer Sozialwerke im Alter längst fällige schrittweise Erhöhung und Flexibilisierung des Pensionsalters. Hier sollte der Bund nun endlich vorwärtskommen. Die FDP warnt in diesem Zusammenhang einmal mehr davor, den Zugang zum Arbeitsmarkt künstlich und unnötig zu erschweren respektive unattraktiv zu halten. Dazu gehören beispielsweise unnötige administrative oder regulatorische Hürden, insbesondere auch im Lehrlingswesen, übertriebene Ausbildungs- oder Berufsanforderungen, beispielsweise die immer wieder beklagte Verakademisierung bald aller Berufsgruppen, dann ein allzu schneller Zugang für junge Erwerbstätige zu grosszügigen Sozialleistungen und generell alle Bestrebungen, unseren noch relativ offenen Arbeitsmarkt weiter einzuschränken, sei es durch zusätzliche Mindestlöhne, weitergehenden Lohnschutz, Kündigungsschutz und so weiter. Aber auch folgende Umstände helfen wenig, den Fachkräftemangel besser lösen zu können: Einerseits, erstens, unsere steile Steuerprogression, insbesondere auch die kalte Steuerprogression, welche qualifiziert vergrault, zweitens die Wohlstanderscheinung, generell Teilzeitarbeit gegenüber Vollzeittätigkeiten moralisch zu überhöhen und zum hippen Lebensmodell zu machen.

Wie der Regierungsrat schreibt, ist es ein ganzer Strauss von Massnahmen und vor allem eben auch der Rückbau von Regulationen, welcher helfen wird, heute

und künftig dem punktuellen Fachkräftemangel erfolgreich zu begegnen. Eine möglichst liberale, offene, unternehmer- und eigentümerfreundliche Wirtschaftspolitik wird, zusammen mit einem vernünftigen sozialen Ausgleich, wie bis anhin die beste Gewähr dafür bieten. Erlauben Sie mir zum Schluss noch einen Hinweis auf einen Passus der regierungsrätlichen Antwort, welcher bemerkens- und bedenkenswert ist. Der Regierungsrat schreibt nämlich am Beispiel des übermässig schnell wachsenden Gesundheitsmarktes, dass der Bedarf an zusätzlichen Stellen, in diesem Fall Ärztinnen und Ärzte, im Einklang mit einer ausreichenden und wirtschaftlich tragbaren Gesundheitsversorgung definiert werden müsse, die – jetzt hören Sie zu – von den Bedürfnissen und in Anspruch genommenen Leistungen der Bevölkerung abweichen könne. Diese regierungsrätliche Warnung vor im Grunde unnötigem Wachstum quasi parastaatlicher Leistungen gilt nicht nur für die Gesundheitsversorgung, sondern gleichermassen fürs Sozial- und – horribile dictu – auch fürs Bildungswesen. Die FDP dankt dem Regierungsrat für diese klare Mahnung, das bloss Wünschbare endlich vom Nötigen und finanziell Tragbaren zu trennen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Am 15. April 2018, also eine gute Woche nach Erscheinen der regierungsrätlichen Antwort auf diese Interpellation titelte die «NZZ am Sonntag» leicht alarmiert: «Bald sitzen die Angestellten am längeren Hebel.» Untertitel: «Die Pensionierungswelle verschiebt die Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zuungunsten der Firmen, diese müssen vermehrt um Mitarbeiter buhlen.» Tja, die Analyse ist absolut korrekt. Wenn der Arbeitsmarkt etwas austrocknet, wie die Ökonomen in ihrer blumigen Sprache zu sagen pflegen, sei das wegen Pensionierungen, sei es wegen leicht rückläufiger Einwanderung, dann können die Firmen nicht mehr allein die Bedingungen diktieren, dann können plötzlich auch die Arbeitskräfte ihre Wünsche einbringen, und dann schreien die Arbeitgeber «Fachkräftemangel!». Fachkräftemangel haben wir aber garantiert nicht. Im Juli konnten Sie zum Beispiel in der «NZZ am Sonntag» lesen: Jeder zweite arbeitslose Arbeitnehmer über 58 findet keine Stelle mehr. Das zeigt klar, dass viele Firmen Bewerberinnen und Bewerber dieser Alterskategorie gar nicht mehr in Betracht ziehen. Solange sich die Arbeitgeber solche Mätzchen leisten können, herrscht kein Fachkräftemangel. Aus der Sicht der NZZ ist diese Beunruhigung über die Entwicklung nachvollziehbar. Die NZZ will, dass die Firmen am längeren Hebel sitzen und die Angestellten am kürzeren. Dass nun aber die SP ins gleiche Horn stösst, irritiert mich schon sehr.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Zürich braucht keine Massenzuwanderung und Zürich braucht kein Wachstum nach dem Prinzip eines Schneeballsystems. Zürich braucht kein quantitatives, sondern qualitatives Wachstum, Zürich braucht Lebensqualität.

Die Interpellation singt ein Loblied auf die Zuwanderung. Sie suggeriert, dass wir auf die Zuwanderung angewiesen sind. Die Interpellation blendet dabei sämtliche Nachteile der Zuwanderung aus. Sie blendet aus, dass Wachstum endlich ist. Sie

blendet aus, dass unsere Lebensgrundlage endlich ist. Die Interpellation singt dennoch ein Loblied – ein Loblied, wie gesagt, auf dem Prinzip Schneeballsystem. Die Interpellation suggeriert einen Fachkräftemangel. Wenn es diesen gäbe, dann könnten Sie ja all Ihre Gewerkschaftsfunktionäre sofort beurlauben. Gäbe es den Fachkräftemangel, wären all diese in Lohngesprächen am längeren Hebel, Gewerkschaften wären letztendlich überflüssig, weil die Mitarbeitenden am längeren Hebel wären. Schauen Sie sich mal die Entwicklung der Einkommen an, sie sprechen eine andere Sprache: Die Löhne stagnieren in den meisten Haushalten der Zürcherinnen und Zürcher. Sie stagnieren insbesondere seit der vollen Personenfreizügigkeit, seit dem Jahr 2008. Das erkennen Sie auch am Steuersubstrat pro Kopf, das erkennen Sie in all den Statistiken des Statistischen Amtes des Kantons Zürich, wenn Sie diese einmal konsultieren.

Sie wollen in Ihrer Interpellation von der Regierung wissen, wie man den Mangel an Personen ohne Berufsausbildung lindern kann. Da war ich doch etwas stutzig, als ich das las. Sie wollen von der Regierung wissen, wie man den Mangel an Personen ohne Berufsausbildung lindern kann? Speziell, diese Frage. Aber ich höre richtig, Sie haben diese Frage entsprechend gestellt. Ich muss also davon ausgehen, dass es demnach aus Sicht der Linken zu wenige Bildungsferne in unserem Land hat? Ich muss Ihnen daher die Frage stellen, was Sie eigentlich wollen: Wollen Sie offene Schleusen für sämtliche Migranten ohne Schulbildung? Ist das der richtige Weg in Ihren Augen? Sie fordern ja permanent lautstark, dass man mehr in die Bildung von Asylsuchenden investieren soll. Sogar Personen mit Negativentscheid sollen Bildung erhalten. Und gleichzeitig wollen Sie eine Antwort, wie wir den Mangel an Bildungsfernen lindern wollen? Also etwas seltsam, diese Fragestellung.

Ebenfalls quer in der Landschaft stehen Ihre Ausführungen zur Gesundheitsfrage. Auch hier stellt sich die Frage, was Sie effektiv wollen. Wollen Sie nun ins Potenzial der Inländer investieren, um diesem Fachkräftemangel, so wie sie es betiteln, zu begegnen? Oder wollen Sie auch hier die Schleusen öffnen, Bildungsferne aus dem Ausland holen? Oder wollen Sie ausgebildetes Personal aus dem EU-Raum holen? Finden Sie das fair und auch intelligent, Personen im Ausland ausbilden zu lassen und dann dieses Potenzial von den umliegenden Ländern einfach abzuschöpfen? Also dann nimmt mich definitiv wunder, was Sie unter dem Strich effektiv wollen.

Wenn Sie die Antwort des Regierungsrates lesen, dann sehen Sie, dass im Pflegebereich, insbesondere im Pflegebereich, bereits diverse Massnahmen eingeleitet wurden. Diese Massnahmen sind wichtig, diese Massnahmen sind auch richtig und fokussieren auf die Ausbildung von Inländern. Ich bin selber Präsident der Verwaltungskommission eines Alters- und Pflegeheims und auch dieses Pflegeheim nimmt seine Verantwortung wahr, Personal auszubilden, Lehrlinge auszubilden. Und genau so tun es andere Institutionen des Kantons. Es braucht insofern also sinnvolle Massnahmen, mit Fokus auf den inländischen Arbeitsmarkt, so wie das bereits aufgegleist ist. Es braucht sicherlich keine Massenzuwanderung im Kanton Zürich, es braucht keine Zuwanderung nach dem

Prinzip Schneeballsystem. Was Zürich braucht, ist qualitatives Wachstum, und die Bevölkerung braucht Lebensqualität und keine endlose Verdichtung. Besten Dank.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Ich möchte ganz kurz auf Herrn Schmid eingehen. Früher gab es in der SVP offenbar noch eine Gewerbegruppe, die wusste, wie die Situation aussieht im Gewerbe. Ich kann Ihnen aus dem gewerkschaftlichen Alltag etwas erzählen, nämlich dass handwerkliche Berufe sehr grosse Mühe bekunden, überhaupt noch Lehrlinge zu finden. Es gibt Berufe, die das Problem haben, dass sie ihr Fachwissen gar nicht mehr über weitere Generationen erhalten können. Ich kann hier den Beruf des Steinwerkers als Beispiel bringen: Da hat man in der Deutschschweiz noch drei bis vier Lernende pro Jahr, das ist nicht besonders viel. Also wenn man hier behaupten will, es gebe keinen Fachkräftemangel, dann weiss ich nicht, welche Probleme wir denn sonst haben. Die Steinwerker holen ihre Leute dann hauptsächlich aus Portugal, weil wir nicht in der Lage sind, genügend Leute auszubilden. Deshalb braucht es die Fachkräfte-Initiative des Bundes und auch des Kantons. Ich erinnere hier beispielsweise an die Integrations-Vorlehre, eine sehr gute Sache, die die Oda (*Organisation der Arbeitswelt*) gemeinsam mit dem Migrationsamt und dem SECO (*Staatssekretariat für Wirtschaft*) machen. Hier hat der Kanton Zürich auch noch Nachholbedarf. Die Polytbauer beispielsweise haben zusammen mit den Plattenlegern eine solche Integrationsvorlehre auf die Beine gestellt. In Luzern und Sankt Gallen funktioniert es. In Zürich hat die Bildungsbürokratie die Sache blockiert, weil man im ersten Semester über mehrere Berufe Erfahrungen holt und sich erst im zweiten Semester dann vertieft. Das hat der Bildungsbürokratie nicht gepasst.

Wir haben hier also Handlungsbedarf. Wir haben ganz grossen Handlungsbedarf bei den familienergänzenden Betreuungsmassnahmen. Wenn wir bedenken, dass heute an den Universitäten mehr als 50 Prozent Frauen studieren, diese Frauen dann aber in der Kinderphase aus dem Arbeitsprozess ausscheiden, dann sehen wir: Wir müssen hier etwas tun, und hier tut der Kanton Zürich deutlich zu wenig. Wenn wir die Stadt Zürich verlassen, dann haben wir im Bereich Kinderbetreuung zum Teil dunkles Mittelalter, wenn man das so sagen darf. Wir haben hier also grössere Aufgaben und dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern müssen investieren.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Kollege Schmid, gestatten Sie mir als einfachem linken Apfelwurm (*Anspielung auf die aktuelle Wahlkampagne der SVP*), Ihre Statistikkenntnisse ein bisschen richtig zu rücken. Es gibt keine kantonale Lohnstatistik, wie Sie behaupten. Es gibt aber eine Bundeslohnstatistik. Diese weist für die Jahre 2010 bis 2016, also für sieben Jahre, Realloohnerhöhungen in der ganzen Schweiz von 0,1 Prozent, 0,7 Prozent, 1,5 Prozent, 1,0 Prozent, 0,8 Prozent, 1,5 Prozent und 1,1 Prozent aus. Von 2010 bis 2016, in der Phase der grössten Nettozuwanderung, sind die Reallöhne in der Schweiz also Jahr für Jahr gestiegen und nicht gesunken, wie Sie fabulieren. Jetzt geht die Zuwanderung leicht zurück, und

in den letzten beiden Jahren war die Realloohnerhöhung wegen der wieder etwas anziehenden Teuerung negativ, nämlich minus 0,1 und minus 0,4 Prozent. Was Sie uns hier erzählen, ist SVP-Propaganda – um nicht «Lügen» sagen zu müssen. Vielen Dank.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) spricht zum zweiten Mal: Geschätzter Ruedi Lais, möglicherweise läuft mein Votum jetzt etwas auf die Mühlen deiner Partei, aber ich bin definitiv erstaunt, dass du nur Durchschnittszahlen des Bundes konsultierst. Konsultiere die Gemeindestatistik im Kanton Zürich. Schau dir an, wie sich das Medianeinkommen entwickelt hat. Blende dabei die höchsten Einkommen einmal aus, und dann konsultierst du die Statistik noch einmal. Und dann frage ich mich, welche Bevölkerungsschichten du effektiv in diesem Lohnthema vertrittst. Besten Dank.

Isabel Bartal (SP, Zürich): Es gibt ja vier Lesearten, wie man diese Interpellation lesen kann. Die SVP, Kollege Schmid, sagt, dass wir damit ein Lob auf die Einwanderung machen, dass wir die Schleuse für die Ausländerinnen und Ausländer ohne und mit Berufsausbildung öffnen möchten. Also es macht mich einfach hässig, muss ich sagen, Ihr ewiges Geschwätz, dass wir das alles wollten. Es geht dabei ja nicht um Leute, die kommen, sondern um Leute, die schon hier sind – mit und ohne qualifizierte Berufsbildung. Es macht mich hässig, wenn man so tut, als würde man sie nicht brauchen. Es macht mich hässig, wenn man immer nur von diesen hochqualifizierten Personen spricht. Sagen Sie mir: Wer wechselt die Windeln im Altersheim? Wer putzt die Strassen? Wer bringt den Kübel mit Ihrem Abfall weg, den Sie jeden Tag produzieren? Sind das die Hochqualifizierten? Nein, es sind die Ausländerinnen und Ausländer mit wenig qualifizierter Bildung, und auch zu ihnen müssen wir Sorge tragen.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen) spricht zum zweiten Mal: Ich kann mich leider nicht so sympathisch echauffieren wie meine Vorrednerin, aber Herrn Schmid muss ich doch etwas des Dilettantismus bezichtigen: Wenn er nicht einmal den Unterschied zwischen Einkommen und Lohn kennt, dann sollte er sich doch in einer wirtschaftspolitischen Diskussion – und das ist die Diskussion um die Migration eben auch – sehr zurückhalten. Bekanntlich stammt ein grosser Teil der Einkommen nicht aus Löhnen, was wir von der linken Seite natürlich beklagen und mit einer guten Steuerpolitik auch verändern möchten. Es sind die Reallöhne, die in der Schweiz in den Jahren der grössten Zuwanderung am meisten gestiegen sind. Und es sind die Reallöhne, die in den letzten beiden Jahren bei etwas reduzierter Nettozuwanderung gesunken sind. Deshalb ist Ihre Behauptung, dass die Personenfreizügigkeit respektive die Zuwanderung die Reallöhne drückt, schlicht und einfach gelogen und falsch.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Ich möchte noch etwas anderes als Punkt zum Nachdenken einbringen: Wir sind das Land mit dem höchsten Ausländeranteil in Europa. Wir sind bei über 25 Prozent. Ja, es wird hervorragende Arbeit gemacht bei der Integration. Und ja, Frau Bartal, natürlich haben wir keine Leute in den Spitälern und in den Schulen und an anderen Orten. Es fehlen immer noch Lehrkräfte, das ist richtig. Aber warum? Aufgrund dieser übermässigen Einwanderung, die wir in diesem Land haben, dieses übermässigen Familiennachzugs in unsere Sozialsysteme, die wir in diesem Land haben. Das ist das Problem, und hier kann es so nicht mehr weitergehen. Ich bin jedem Mitarbeiter dankbar, der bei der Abfallentsorgung, im Spital und wo auch immer für uns arbeitet. Diese Leute machen eine sehr, sehr wichtige Arbeit, nur: Wenn es weniger Einwanderung gibt, dann brauchen wir auch weniger Leute, neue Leute, in den Spitälern. Die ganze Arbeitsstruktur dieses Landes ist mit dieser übermässigen Einwanderung nicht mehr im Lot, und das ist das Problem.

Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Die Diskussion geht jetzt in eine sehr stark parteipolitisch gefärbte Richtung, und das Thema ist zu ernst, als dass man es nur an den Lohnhöhen und an der Arbeitszeit aufhängen könnte. Die Babyboomer gehen in Pension. In den nächsten zehn Jahren werden wir über eine halbe Million Leute haben, Fachkräfte haben, die fehlen werden. Es ist ein echtes Problem. Natürlich kann man sagen, der Fachkräftemangel sei eigentlich ein Zeichen der wirtschaftlichen Stärke. Das ist es auch, Gott sei Dank, wir klagen immer noch auf hohem Niveau. Aber es wird ums Eingemachte gehen, und es ist nicht so, dass die Digitalisierung einfach zum Wegrationalisieren sehr vieler Arbeitsplätze führen wird, im Gegenteil: Beinahe die Hälfte der KMU geht davon aus, dass die Digitalisierung zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führen wird. Wir werden ein Problem haben mit Arbeitsplätzen, die wir besetzen müssen können, und da braucht es wirklich die Anstrengung aller. Wir brauchen auch keine Planwirtschaft, denn planwirtschaftliche Massnahmen gehen in der Regel fehl. Was es braucht, ist ein liberaler, freier, offener Arbeitsmarkt. Was es dazu braucht, haben wir erwähnt. Dazu müssen wir Sorge tragen und das müssen wir pflegen. Das müssen wir auch weiter schützen und aufbauen. Nur so werden wir die Probleme der Zukunft lösen, was die Fachkräftemängel in unserem Arbeitsmarkt anbelangt. Besten Dank.

Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh: Zuerst vielen Dank für diese engagierte wichtige Debatte. Ich kann Ihnen versichern, dass der Regierungsrat sich sehr dafür einsetzt, dass wir ein attraktiver Wirtschaftsstandort sind. Und zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort gehören eben auch die Fachkräfte und es gehört dazu, dass wir die Fachkräfte, die wir hier haben, auch optimal nutzen. Der Kanton Zürich hat sich genau aus diesem Grund auch als Wirtschaftsmotor der Schweiz immer in diese Diskussion eingeschaltet – im Rahmen der Fachkräfteini-

tiative des Bundes, als Kanton, aber auch über die Metropolitankonferenz auf regionaler Ebene. Uns geht es darum, im Sinne einer Best Practice zu schauen, wie wir das vorhandene Potenzial am besten nutzen.

Wir haben auch weitere Massnahmen unterstützt. Insbesondere unterstützen wir Branchenlösungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und auch im Bereich der Wiedereingliederung von Arbeitslosen. Das ist ein Dauerthema, da sind wir immer dran. Und genau aus diesem Grund hat die Regierung ja auch einen umfangreichen Massnahmenkatalog verabschiedet, und zwar war das eine Arbeitsgruppe, die unter dem Lead der Volkswirtschaftsdirektion getagt hat, die aber sehr, sehr breit abgestützt war: Es waren die Volkswirtschaftsdirektion, aber auch die Bildungsdirektion, die Finanzdirektion, die Gesundheitsdirektion und die Direktion der Justiz und des Innern. Sie haben diesen Massnahmenkatalog verabschiedet, Sie haben es erwähnt, und ich kann Ihnen sagen: Obwohl es ein Legislaturziel der letzten Regierung war, bleibt es auch weiterhin auf unserer Agenda. Hier müssen wir selbstverständlich weiterhin dran bleiben.

Der Zürcher Fachkräftemangel-Indikator, den wir erarbeitet haben, zeigt, dass wir vor allem bei den Berufen mit mittleren, aber insbesondere bei den Berufen mit hohen Qualifikationsansprüchen auch einen Fachkräftemangel haben. Wir haben im Moment keinerlei Anzeichen, dass sich daran irgendetwas ändert. Und ganz besonders ist – das fällt auch auf –, dass wir heute insbesondere im Gesundheitsbereich einen hohen Fachkräftemangel haben und auch in Zukunft haben werden. Ich erinnere daran, in den Spitälern liegt der Ausländeranteil bei 30 Prozent. Bei unserer Studie des Amtes für Wirtschaft und Arbeit aus dem Jahr 2016 – da ging es um Berufe mit hohem Fachkräftemangel – ist uns aufgefallen, dass wir im Gastgewerbe und auch im Bereich der Entsorgung und Reinigung tatsächlich einen gewissen Fachkräftemangel haben. Das gilt auch für das Baugewerbe und für den Strassenbau. Nun muss man sehen, gerade in den baugewerblichen Berufen haben wir natürlich saisonbedingt starke Schwankungen. Eine relativ hohe Arbeitslosenquote und eine relativ hohe, überdurchschnittliche Zuwanderung haben wir auch in den Bereichen Bau- und Gastgewerbe festgestellt. Hier wollen wir tatsächlich immer genau hinschauen und sind auch mit den Branchen in permanenter Diskussion, um zu schauen, warum dieser Konnex da ist. Und dass wir natürlich das vorhandene inländische Potenzial, insbesondere wenn es Arbeitslosengelder bezieht, besser nutzen wollen, ist, glaube ich, selbstredend.

In diesem Sinne ist es für uns weiterhin eine Verpflichtung, hier auch seitens der Regierung hinzuschauen. Aber wie hier im Rat auch verschiedentlich gesagt wurde: Gefordert sind bei diesem Thema wir alle, und zwar mit einem breiten Spektrum von verschiedenen Massnahmen. Wir bleiben also weiterhin dran. Herzlichen Dank.

Ratspräsident Dieter Kläy: Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.